

Große Anfrage

der Abgeordneten Reinhold Robbe, Adelheid Tröscher, Brigitte Adler, Dr. R. Werner Schuster, Klaus Barthel, Ingrid Becker-Inglau, Rudolf Bindig, Gabriele Fograscher, Achim Großmann, Dr. Ingomar Hauchler, Eckart Kuhlwein, Konrad Kunick, Christoph Matschie, Ulrike Mehl, Dieter Schanz, Günter Schluckebier, Dagmar Schmidt (Meschede), Dr. Emil Schnell, Dr. Mathias Schubert, Wieland Sorge, Dr. Peter Struck, Hans Wallow, Matthias Weisheit, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Verena Wohlleben, Hanna Wolf (München), Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Zur Politik der Bundesregierung im Rahmen der Lomé-Abkommen

Das IV. Lomé-Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen 70 AKP-Staaten (Afrika, Karibik und Pazifik) und der EU sowie deren Mitgliedstaaten, über das Entwicklungshilfe und Handelspräferenzen gewährt werden, läuft zu Beginn des Jahres 2000 aus. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union stehen heute vor der Frage einer Weiterführung bzw. Modifizierung der Lomé-Abkommen als bewährtes Instrument der Europäischen Entwicklungszusammenarbeit. Im November 1996 stellte die zuständige EU-Kommission ein „Grünbuch“ zur Evaluierung des bisherigen AKP-Prozesses vor. Dabei handelt es sich nicht um empirisch verifizierbare Belege über Erfolge und Mißerfolge der seit 1957 erfolgten AKP-Politik. Die Europäische Kommission wird dieses Jahr ein Verhandlungsmandat vorlegen, wie die Beziehungen der EU zu den Entwicklungsländern zukünftig gestaltet werden sollen.

Deshalb fragen wir die Bundesregierung:

I. Zu den Ergebnissen bisheriger Lomé-Politik

1. Welche Ziele hat die Bundesregierung bei dem Abschluß bisheriger Lomé-Abkommen verfolgt?
2. Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse der bisherigen Lomé-Abkommen unter dem Gesichtspunkt
 - a) der entwicklungspolitischen Zielsetzungen der Europäischen Union,
 - b) ihrer eigenen entwicklungspolitischen Zielsetzungen und
 - c) der nachhaltigen Entwicklung in den Entwicklungsländern?

3. Wie ist der Abstimmungsprozeß bei den bisherigen Lomé-Abkommen zwischen den beteiligten Länderregierungen der EU einerseits, dem Europäischen Parlament und der EU-Kommission andererseits und den beteiligten AKP-Staaten des Südens erfolgt?
4. Welche Kriterien für die Vergabe der Lomé-Mittel waren in der Vergangenheit ausschlaggebend, und in welcher Weise wurde die Verwendung von Mitteln an die Erfüllung etwaiger Kriterien durch die Empfängerstaaten gebunden?
5. Wann wurde im Rahmen des Lomé-Abkommens der Abfluß von Geldzusagen zeitweilig gestreckt oder ganz gestrichen und aufgrund welcher Vorkommnisse?
6. Wie haben sich durch das Lomé-Abkommen
 - a) der Handel,
 - b) die Investitionsströme und
 - c) der Kapitaltransfer zwischen den Lomé-Ländern und der EUentwickelt (tabellarische Auflistung)?
7. Wie hat sich seit dem ersten Lomé-Abkommen das Zusagevolumen der EU gegenüber den AKP-Ländern entwickelt (quantitative Darstellung)?
8. In welchen Lomé-Mitgliedsländern sind in den letzten zehn Jahren erhebliche Menschenrechtsverletzungen bzw. Demokratiedefizite von seiten der EU bzw. der Bundesregierung beklagt worden?
9. Welche Maßnahmen wurden von seiten der EU im Vorfeld der jetzt beginnenden AKP-Verhandlungen unternommen, um diesbezüglich zu einem Politikdialog mit den AKP-Ländern zu kommen?
10. Inwieweit wurden Umweltschutzprojekte im Rahmen der AKP-Finanzierung bisher gefördert?
11. Auf welche Art und Weise hat die Bundesregierung für Kohärenz zwischen dem Lomé-Abkommen und nationalstaatlicher Entwicklungspolitik gesorgt und die bi- und multilaterale Hilfe in diesem Bereich harmonisiert?
12. Inwieweit wurden Maßnahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit komplementär auf Projekte und Zusagen im Rahmen des Lomé-Abkommens von seiten der Bundesregierung bereitgestellt?
13. Wie beurteilt die Bundesregierung die Einführung von politischen und wirtschaftlichen Kriterien der Mittelvergabe im Rahmen der Lomé-Zusammenarbeit, und inwiefern besteht in dieser Frage eine Übereinstimmung zur bilateralen Zusammenarbeit?
14. In welchen konkreten Fällen ist vom Instrument der Konditionalität in den letzten zehn Jahren Gebrauch gemacht worden,

und wie bewertet die Bundesregierung die Vorgehensweise in diesen Fällen?

15. Wie beurteilt die Bundesregierung die bisherigen Bemühungen zur Ausweitung des Dialogs im Bereich Menschenrechte, Partizipation und Demokratisierung?

II. Zu den Instrumenten der Lomé-Politik

16. Wie bewertet die Bundesregierung die bisherige Praxis des STABEX-Systems im Rahmen des Lomé-Abkommens hinsichtlich folgender Aspekte:

- kontinuierliche wirtschaftliche Entwicklung in den AKP-Staaten,
- Einsatz des STABEX-Transfers in den betreffenden Sektoren,
- Investitionen im Bereich der Diversifizierung im landwirtschaftlichen Sektor,
- regionale Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion,
- Ausweitung der AKP-Exporte?

17. Wie beurteilt die Bundesregierung nach den bisherigen Erfahrungen die Tatsache, daß das STABEX-System die vorherrschenden Marktbedingungen nicht verändert?

18. Wie beurteilt die Bundesregierung das STABEX-System hinsichtlich einer Tendenz sinkender Rohstoffpreise?

19. Wie bewerten die AKP-Staaten das STABEX-System bezüglich der im Abkommen verfolgten Ziele und der zugrundeliegenden Verfahrensweisen?

20. Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, bei denen ein AKP-Land trotz Erfüllung der erforderlichen Voraussetzungen keine STABEX-Mittel beantragt hat, und welche Gründe liegen dafür vor?

21. Welche Zahlungen wurden im Rahmen des STABEX-Systems in den einzelnen Jahren geleistet?

22. Wie sah die Struktur der bisher geleisteten Zahlungen im Rahmen des STABEX aus (bitte auflisten nach Ländern und Produkten), und welche Konsequenzen ergeben sich dadurch für die Fortentwicklung des Systems?

23. Welche Zahlungen sind im Rahmen des STABEX für Soforthilfe und Wiederaufbaumaßnahmen bei Naturkatastrophen geleistet worden (bitte auflisten nach Ländern und Ereignissen), und wie sind diese zu bewerten?

24. Liegen der Bundesregierung Kenntnisse darüber vor, daß aufgrund von Korruption STABEX-Mittel nicht vertragsgemäß eingesetzt wurden?

25. Welche Erfahrungen wurden bislang bei der Umsetzung des STABEX-Systems hinsichtlich einer effizienten Evaluierung

- gemacht, und welche Verbesserungen sind nach Ansicht der Bundesregierung notwendig?
26. Wie bewertet die Bundesregierung das Sysminsystem zur Sanierung von Bergbaubetrieben?
 27. Wie bewerten die AKP-Staaten das Sysminsystem?
 28. Welche jährlichen Zahlungen wurden im Rahmen des Sysminsystems in den einzelnen Jahren geleistet, und welche Länder waren Empfänger von Sysminmitteln und in welcher Höhe?
 29. Wie bewertet die Bundesregierung die Möglichkeit des Sysmin zur Sanierung von Bergbaubetrieben in bezug auf die Produktdiversifizierung in den AKP-Staaten?
 30. Wie beurteilt die Bundesregierung das Zentrum für industrielle Entwicklung (ZIE), das zur Unterstützung der Privatwirtschaft in den AKP-Staaten dient, in bezug auf die Steigerung der Produktion von Gütern mit höherer Wertschöpfung für den eigenen Bedarf der AKP-Staaten und für den Export?
 31. Wie beurteilt die Bundesregierung die Konzentration des ZIE auf die Beratung von Unternehmen ab einem Investitionsvolumen von 1 Mio. ECU (Ausschluß von Micro-Enterprises und SME)?
 32. Führt die Ausrichtung des ZIE und der Europäischen Investitionsbank (EIB) auf größere Investitionsvolumen zu einer Konzentration der Beratungen bei Investitionen auf ohnehin weiterentwickelte Staaten, und welche Konsequenzen sollte dieses haben?
 33. Welche Zahlungen wurden im Rahmen des Zentrums für industrielle Entwicklung in den einzelnen Jahren geleistet?
 34. Wie bewerten die AKP-Staaten das Zentrum für industrielle Entwicklung?
 35. Wie beurteilt die Bundesregierung die Beratungstätigkeit des Technischen Zentrums für Landwirtschaft (TZL) zur dauerhaften Steigerung der Nahrungsmittelproduktion, insbesondere unter Berücksichtigung der Faktoren Nahrungssicherheit, Bevölkerungswachstum und Umweltschutz?

III. Zur zukünftigen Lomé-Zusammenarbeit

36. Welche Zielvorstellungen hat die Bundesregierung für die Weiterführung des Lomé-Prozesses?
37. Welche konkreten Maßnahmen erachtet die Bundesregierung bei einer Fortsetzung der Lomé-Konvention für notwendig, und wie gedenkt sie diese in die Verhandlungen einzubringen?
38. Wie will die Bundesregierung eine Kohärenz der Europäischen Entwicklungszusammenarbeit mit ihrer Umwelt-, Landwirtschafts-, Wirtschafts-, Außenwirtschafts-, Außen-, Entwicklungs- und Währungspolitik herstellen?

39. Strebt die Bundesregierung im Rahmen einer Weiterführung des Lomé-Ansatzes eine globale Strukturpolitik an, und wenn ja, wie gedenkt sie diese umzusetzen?
40. Welche positiven Anreize für den Handel mit AKP-Staaten erachtet die Bundesregierung als notwendig?
41. Wie gedenkt die Bundesregierung den Lomé-Ansatz mit den Vereinbarungen der WTO zu harmonisieren?
42. Welche Zielkonflikte gibt es durch die neue WTO-Regelung bei den AKP-Staaten bei der Verfolgung des Ziels der nachhaltigen Entwicklung?
43. Welche Übergangsregelung erachtet die Bundesregierung bei der Harmonisierung des Lomé- und WTO-Ansatzes als notwendig, um eine eigenständige Entwicklung bei den AKP-Ländern nicht zu behindern?
44. Auf welche Art und Weise waren bisher deutsche Durchführungsorganisationen (GTZ und KfW) sowie deutsche NRO an den Programmen im Rahmen des AKP-Abkommens beteiligt, und wie bewertet die Bundesregierung die Koordinierung dieser Arbeit mit bilateralen Maßnahmen der EU-Staaten?
45. Wie soll in Zukunft das Prinzip der Budgetklarheit im Rahmen der EU gewährleistet werden, und aus welchem Haushalt sollten in Zukunft Finanzmittel für die AKP-Staaten bereitgestellt werden?
- Intendiert die Bundesregierung, zukünftige EEF-Mittel in den Gemeinschaftshaushalt zu transferieren?
46. Welche Wünsche bezüglich einer Weiterführung des Lomé-Abkommens wurden bisher von Seiten der AKP-Länder an die Bundesregierung bzw. die EU-Kommission herangetragen, und wie gedenkt die Bundesregierung mit diesen Vorschlägen umzugehen?
47. Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung dem Gender-Ansatz in der Kooperation zu, und wie gedenkt sie diesen Bereich im AKP-Kontext zu fördern (Mitwirkungs- und Mitentscheidungsrechte von Frauen, Zugang zu Wirtschaftsressourcen, Ausbildung von Mädchen und Frauen)?
48. Auf welche Art und Weise sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, die zunehmenden Regionalisierungsansätze zwischen Entwicklungsländern mit dem AKP-Ansatz zu verbinden, und wie beurteilt sie den Einfluß der regionalen Zusammenarbeit auf Erfolge bei der Entwicklungszusammenarbeit?
49. Wie beurteilt die Bundesregierung die vier im Grünbuch der Europäischen Kommission zur AKP-Zusammenarbeit dargelegten Optionen zur Weiterführung des Lomé-Ansatzes durch
- a) globales Abkommen,
 - b) globales Abkommen ergänzt durch bilaterale Abkommen,
 - c) regionale Abkommen und

- d) ein allgemeines Abkommen mit den LDC-Ländern (LDC: „Least Developed Countries“)?
50. Welche Verteilungskriterien sollen nach Meinung der Bundesregierung für eine geographische Zuordnung der AKP-Mittel Anwendung finden?
51. Welche Bedeutung sieht die Bundesregierung in der Frage der Partizipation für die zukünftige Entwicklung in den AKP-Staaten (Einbeziehung der „Zivilgesellschaft“, des „Privaten Sektors“, von NRO), wie gedenkt sie die Rolle der Zivilgesellschaft in der Zukunft zu stärken, und welche bilateralen Ansätze bereitet sie selber vor?
52. Wie kann nach Meinung der Bundesregierung der besondere partnerschaftliche Dialog zwischen den AKP-Ländern und der Europäischen Union weiter ausgebaut werden?
53. Auf welche Art und Weise sollte nach Meinung der Bundesregierung das Prinzip der Subsidiarität auch auf das Lomé-Abkommen übertragen werden?
54. Wie beurteilt die Bundesregierung den Zusammenhang zwischen Umwelt und Entwicklung in der zukünftigen AKP-EU-Zusammenarbeit, und welche Instrumente, Institutionen und Mittel hält die Bundesregierung für die Einbeziehung der Umweltfragen für geeignet?
55. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um zu einer Dezentralisierung der Entscheidungen über Maßnahmen im Rahmen des Lomé-Abkommens in den Entwicklungsländern zu kommen, und wie kann dadurch die Effizienz der Mittelverwendungen erhöht werden?

Bonn, den 5. Juni 1997

Reinhold Robbe
Adelheid Tröscher
Brigitte Adler
Dr. R. Werner Schuster
Klaus Barthel
Ingrid Becker-Inglau
Rudolf Bindig
Gabriele Fograscher
Achim Großmann
Dr. Ingomar Hauchler
Eckart Kuhlwein
Konrad Kunick
Christoph Matschie
Ulrike Mehl

Dieter Schanz
Günter Schluckebier
Dagmar Schmidt (Meschede)
Dr. Emil Schnell
Dr. Mathias Schubert
Wieland Sorge
Dr. Peter Struck
Hans Wallow
Matthias Weisheit
Heidemarie Wieczorek-Zeul
Verena Wohlleben
Hanna Wolf (München)
Rudolf Scharping und Fraktion

